

Isc/pl/Extremismus/Rechtsextremismus/Mügeln/ZF1/

(Zweite Zusammenfassung - Neu: Milbradt; Amadeu-Stiftung) Überfall in Mügeln: Polizei sieht keinen rechten Hintergrund - Bürgermeister: Keine Neonaziszene - Milbradt informiert sich vor Ort -- Von Matthias Hasberg

Mügeln (ddp). Nach der Hetzjagd auf acht Inder durch eine Gruppe von 50 Deutschen am Wochenende in Mügeln geht die Polizei nicht von einem rechtsradikalen Hintergrund aus. Trotz fremdenfeindlicher Parolen während der Ausschreitungen habe sich bislang kein Anhaltspunkt für ein generell fremdenfeindliches Motiv ergeben, teilte die Polizei am Montag mit. Mügelns Bürgermeister Gotthard Deuse (FDP) sagte, er habe vor Beginn des Festes Hinweise über mögliche Ausschreitungen an die Polizei weitergeleitet. Er unterstrich zugleich, dass es im Ort keine rechte Szene gebe.

In der Nacht zum Sonntag hatten rund 50 Personen auf dem Stadtfest in dem 5000-Einwohner-Ort zwischen Grimma und Riesa die Gruppe von acht Indern angegriffen. Die vom Festzelt fliehenden Opfer wurden bis in eine nahe gelegene Pizzeria verfolgt. Laut Polizei wurden dabei auch Sätze wie «Ausländer raus» gebrüllt. 14 Personen wurden laut Polizei bei den Ausschreitungen verletzt, ein Inder lag auch am Montag noch im Krankenhaus. Noch in der Nacht hatte die Polizei zwei mutmaßliche Täter festgenommen, am Montag aber wieder laufen lassen.

Eine Polizeisprecherin erklärte, Auslöser für die Auseinandersetzungen sei vermutlich eine Rangelei auf der Tanzfläche gewesen. Wie und warum es dazu gekommen war, wisse man jedoch nicht. Zu Äußerungen, die Polizei sei zuvor über mögliche Ausschreitungen gewarnt worden, sagte die Sprecherin, es habe eine E-Mail an den Jugendclub des Ortes gegeben, in der vor einem Überfall auf den Club gewarnt worden sei. Der Jugendclub habe aber mit Ausschreitungen der Nacht «überhaupt nichts zu tun gehabt». Die betreffende Mail habe die Polizei aber bis Montag nicht zu sehen bekommen.

Am Montagnachmittag hatte sich Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) auf den Weg nach Mügeln gemacht, um sich in der Stadt einen Überblick über die Vorfälle zu verschaffen.

Der sächsische Verfassungsschutz hat nach eigenen Angaben keine Anhaltspunkte über organisierte rechtsradikale Vereinigungen in Mügeln. Ein Sprecher des Landeskriminalamts (LKA) sagte, die Region Mügeln sei eindeutig nicht in besonderer Weise von fremdenfeindlichen Aktivitäten gekennzeichnet. In der Statistik des LKA tauche der Landkreis in Bezug auf rechte Gewalt am unteren Ende auf.

Der Verein Bürger-Courage forderte von der Staatsregierung mehr Investitionen in die Jugendbildung und die Bildung eines Landespräventionsrats, wie es ihn in den meisten Bundesländern gebe. Der Vereinsvorsitzende, Christian Demuth, betonte, vor allem das Kultusministerium müsse stärker in Bildung und Freizeitangebote und Bildung für Junge investieren und den Bemühungen der Neonazis um Jugendliche so den Boden entziehen.

Die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung gegen Rechtsextremismus, Anetta Kahane, kritisierte, Rechtsradikalismus sei ein Problem, das in der Region ignoriert werde. Dass die Vorkommnisse am Wochenende fremdenfeindlicher Natur waren, sei «vollkommen klar».

(Quellen: Polizei, Verfassungsschutz und LKA auf ddp-Anfrage; Deuse auf ddp-Anfrage, in MDR info und N24; alle anderen in Mitteilungen; )

ddp/lmh/ade

201750 Aug 07